

Staatliche und private Konjunkturimpulse in Deutschland

Michael Grömling

Köln, 07.10.2026

IW-Report 40/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

**Herausgeber**

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autor

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter der Forschungsgruppe

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

DOI: 10.67087/12.21605

Weitere Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

September 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Sektorale Divergenzen hinter der Stagnation	5
2 Erklärungen zur gespaltenen Konsumententwicklung	6
3 Erklärungen zur gespaltenen Investitionstätigkeit.....	7
4 Auswirkungen auf die Wachstumsbeiträge	9
5 Schlussbemerkungen	12
Abbildungsverzeichnis.....	14
Literaturverzeichnis	15

JEL-Klassifikation

E32 – Konjunkturschwankungen, Konjunkturzyklen

E22 – Investition, Kapital, Immaterielles Kapital, Kapazität

E21 – Konsum, Sparen, Reichtum

Stichwörter: Konjunktur, Staatliche und private Investitionen, Staatlicher und privater Konsum

Zusammenfassung

Das konjunkturelle Umfeld der deutschen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren durch vielfältige Schocks in Teilen drastisch verändert. In sektoraler Hinsicht haben sich bei den Investitionen und beim Konsum markante Divergenzen aufgebaut. Die jeweils privaten und öffentlichen Teilbereiche laufen seit Anfang dieser Dekade mit deutlich unterschiedlichen Geschwindigkeiten: Während die realen öffentlichen Investitionen zuletzt um gut 20 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019 lagen, unterschritten die privatwirtschaftlichen Investitionen dieses Niveau um über 10 Prozent. Der reale Staatskonsum lag zuletzt um über 16 Prozent über dem Jahresvolumen von 2019, die privaten Konsumausgaben nur um 4,5 Prozent. Im folgenden Beitrag werden die Einflussfaktoren auf die Konsum- und Investitionstätigkeit des Staates und der nichtstaatlichen Sektoren beschrieben. Anschließend wird dargelegt, wie diese Entwicklungen die gesamtkonjunkturelle Dynamik in der laufenden Dekade im Vergleich mit früheren Dekaden beeinflusst und verändert haben. Im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre hat der privatwirtschaftliche Sektor in Deutschland aggregiert nichts zum Wachstum des realen BIP beigetragen. Das Wirtschaftswachstum kommt vielmehr ausschließlich aus dem aggregierten staatlichen Beitrag. In der aggregierten Aufteilung zwischen Staatssektor und Nichtstaatssektor kann vor allem im Vergleich mit den 1990er und den 2010er Jahren von einer anderen Wachstumsqualität gesprochen werden. Im Zeitvergleich fällt der aktuell positive Wachstumsbeitrag des Staatskonsums nicht merklich höher aus. Dagegen tragen die staatlichen Investitionen – etwa durch höhere Verteidigungsausgaben – deutlich mehr zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Daraus wird allerdings eher die über die letzten Dekaden bestehende Investitionsschwäche des Staates erkennbar. Im Vergleich mit den 1990er und 2010er Jahren zeigt sich eine private Konsumschwäche. Einen in negativer Hinsicht auffallenden Befund liefert die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit in Deutschland. Zwar gab es auch in den 2000er Jahren einen im Jahresdurchschnitt negativen Beitrag. Dieser Bremseffekt ist in der laufenden Dekade jedoch mehr als viermal so hoch. Für die aktuelle Wachstumsschwäche in Deutschland sind die Ursachen explizit bei den privaten Investitionen und den dort zugrunde liegenden Rahmenbedingungen zu verorten.

1 Sektorale Divergenzen hinter der Stagnation

Das konjunkturelle Umfeld der deutschen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren durch vielfältige Schocks in Teilen drastisch verändert. In der Gemengelage aus den geo- und handelspolitischen Implikationen der beiden Trump-Regierungen in den USA, der Pandemie mit ihren Produktions- und Konsumstörungen, den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten mit ihren Folgen für die Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Vorleistungen sowie den geopolitischen Neuorientierungen großer Volkswirtschaften befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in ihrer historisch längsten Stagnationsphase. Diese ist geprägt von einer anhaltenden Konsum-, Investitions- und Exportschwäche.

Abbildung 1-1: Entwicklung von Konsum und Investitionen in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; Index Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Private Investitionen: nichtstaatliche Sektoren (nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte einschließlich „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Hinter diesem Gesamtbefund haben sich gleichzeitig markante Divergenzen aufgebaut. Das gilt in sektoraler Hinsicht sowohl für die Investitionen als auch den Konsum (Abbildung 1-1). Die jeweils privaten und öffentlichen Teilbereiche laufen seit Anfang dieser Dekade mit deutlich unterschiedlichen Geschwindigkeiten:

- Während die öffentlichen Investitionen in preisbereinigter Rechnung im zweiten Quartal 2026 um gut 20 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019 lagen, unterschritten die privatwirtschaftlichen Investitionen diesen Vergleichswert um über 10 Prozent (Abbildung 1-1 oben). Auf Basis nominaler Werte haben die staatlichen Investitionen ihr Gewicht an den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen in diesem Zeitraum von 13 auf 15 Prozent erhöht.
- Der reale Staatskonsum lag im zweiten Quartal 2026 um über 16 Prozent über dem Jahresvolumen von 2019. Dagegen war bei den privaten Konsumausgaben nur ein Zuwachs von 4,5 Prozent zu verzeichnen (Abbildung 1-1 unten). Der Anteil des Staatskonsums am Gesamtkonsum stieg damit seit 2019 in nominaler Rechnung von 27 auf 30 Prozent an.

Im Folgenden werden zunächst die Einflussfaktoren auf die Konsum- und Investitionstätigkeit des Staates und der nichtstaatlichen Sektoren in den letzten Jahren kurz beschrieben. Anschließend wird dargelegt, wie diese Entwicklungen die gesamtkonjunkturelle Dynamik in der laufenden Dekade im Vergleich mit früheren Dekaden beeinflusst und verändert haben.

2 Erklärungen zur gespaltenen Konsumententwicklung

Die **Konsumausgaben des Staates** gemäß den der Analyse zugrunde liegenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) entsprechen nicht den gesamten Staatsausgaben und den Daten der Finanzstatistik (Brümmerhoff/Grömling, 2015, S. 82). Gemäß VGR handelt es sich beim Staatskonsum ausschließlich um die vom Staat selbst produzierten Leistungen, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Verwaltung und Sicherheit. Zudem zählen dazu soziale Sachtransfers an private Haushalte (etwa Gesundheitsleistungen). Geldleistungen (etwa Renten und soziale Transfers), Subventionen und Zinszahlungen zählen nicht zum Staatskonsum. Infolge der Corona-Pandemie erhöhten die außergewöhnlich hohen pandemiebedingten Gesundheits- und Sachleistungen (etwa Impfkosten, Testzentren, Schutzausrüstung) in den Jahren 2020 und 2021 den Staatskonsum. Während im Jahr 2022 die Pandemieausgaben zurückgingen, entstanden durch den russischen Angriff auf die Ukraine eine Reihe von kriegs- und energiebedingten staatlichen Leistungen (etwa Versorgung ukrainischer Flüchtlinge, Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Verteidigung, Maßnahmen zur Stabilisierung der Energieversorgung). Transfers und Subventionen im Gefolge des Energiepreisschocks haben dagegen den Staatskonsum nicht direkt beeinflusst. In diesem Kontext muss auch auf die Preiseffekte infolge dieser Schocks hingewiesen werden. Die nominalen Ausgaben stiegen aufgrund von höheren Preisen für Energie, Vorleistungen im Gesundheitswesen und Verwaltung sowie von Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst deutlich an. Der Staatskonsum wurde in den letzten Jahren aber nicht nur von schockbedingten Ausgaben angetrieben. Hinzu kamen auch strukturelle Determinanten, etwa durch höhere Gesundheits- und Pflegeausgaben aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des medizinisch-technischen Fortschritts sowie höhere Ausgaben im öffentlichen Dienst durch Digitalisierung und Sicherheit.

Die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** litten nicht nur in Deutschland in den vergangenen Jahren unter außergewöhnlichen und vielfältigen Belastungen (IMF, 2026). Dazu gehörten zunächst im Gefolge der Corona-Pandemie die Konsumeinschränkungen durch Lockdowns und Kontaktbeschränkungen. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf personennahe Konsumbereiche und die entsprechenden Branchen,

insbesondere im Freizeit-, Gastronomie- und Tourismussektor. Die gesamten Konsumausgaben im Inland sanken im Jahr 2020 preisbereinigt um 5,4 Prozent. Im Bereich Freizeit, Sport, Kultur, Bildung brachen die preisbereinigten Ausgaben um gut 19 Prozent ein, die Gastronomie- und Beherbergungsdienste sogar um knapp 43 Prozent. Aufgrund von pandemiebedingten Lieferkettenstörungen kam es bereits im Jahr 2021 zu deutlichen Preisanstiegen. Diese wurden durch die russische Invasion in der Ukraine und den damit ausgelösten Energie- und Rohstoffpreisschocks deutlich verstärkt. Nach gut 3 Prozent im Jahr 2021 stieg die allgemeine Inflationsrate in den Jahren 2022 auf knapp 7 und 2023 auf knapp 6 Prozent an. Die entsprechenden Kaufkraftverluste bremsten den privaten Konsum stark ab. Im Gefolge dieser Preisschocks kam es zu einem Ausstieg aus der vorhergehenden und lange andauernden Niedrigzinsphase und die Zinsen stiegen deutlich an. Dies belastete den privaten Konsum zum einen über höhere Kosten für kreditfinanzierten Konsum. Zum anderen wurden durch die Zinswende auch die Sparanreize erhöht, was ebenfalls die Konsumdynamik bremste. Die Sparneigung dürfte zudem durch strukturelle Herausforderungen und Anpassungslasten angestiegen sein (Bauer et al., 2026). Dazu hat die Anspannung der geopolitischen Weltlage beigetragen, die das allgemeine Wirtschaftsklima und damit auch die Konsumneigung beeinträchtigte. Zudem haben dadurch die Beschäftigungssorgen zugenommen. Verstärkt wird dies auch durch den beschleunigten Strukturwandel infolge von Transformation, Geopolitik und technischem Fortschritt (beispielsweise durch die Arbeitsplatzunsicherheiten infolge eines verstärkten Einsatzes von Künstlicher Intelligenz). Das Konsumklima in Deutschland befindet sich auch am aktuellen Rand auf einem historisch schlechten Niveau.

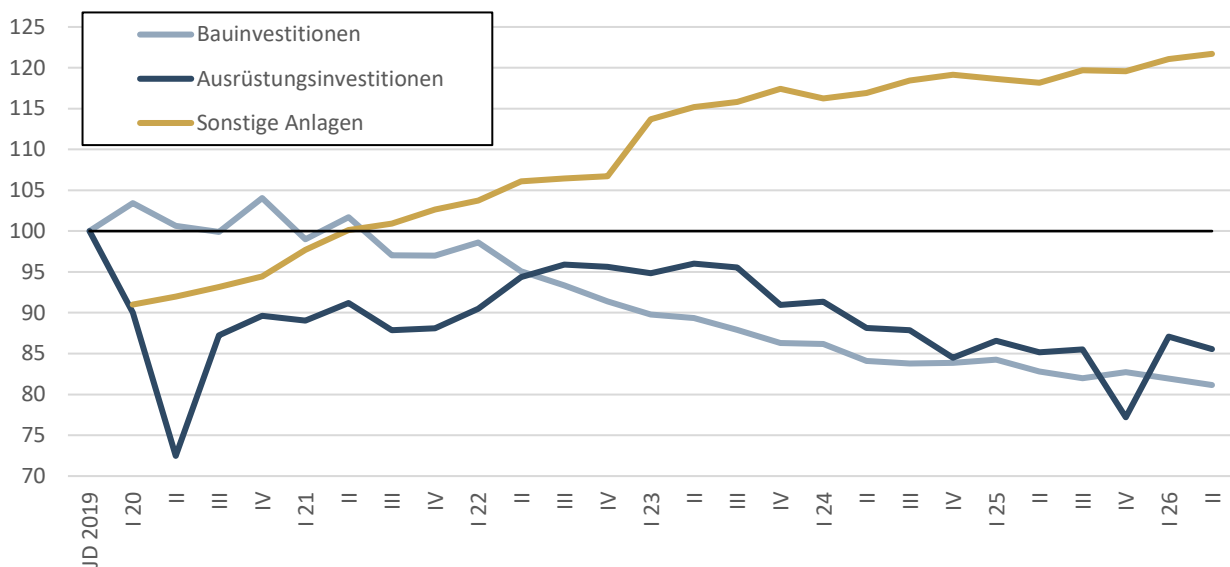
3 Erklärungen zur gespaltenen Investitionstätigkeit

In den VGR zählen zu den **öffentlichen Investitionen** die Ausgaben des Staates für Bauten (etwa Straßen, Schul- und Verwaltungsgebäude), für Ausrüstungen (etwa Fahrzeuge, technische Anlagen und militärische Ausrüstungen) und für immaterielle Kapitalgüter (etwa Software oder Forschungsausgaben). In Teilen weicht dies von der Finanzstatistik ab. Staatliche Bildungsausgaben gelten als Staatskonsum, obwohl sie das Humankapital und damit das Produktionspotenzial bestimmen. Die Pandemiejahre 2020 und 2021 dürften die öffentlichen Investitionen einerseits aufgrund von personellen Einschränkungen auf Baustellen und in Verwaltungen, unterbrochenen Lieferketten und die Fokussierung der öffentlichen Leistungen auf die Pandemiebekämpfung vor allem im kommunalen Bereich belastet haben. Andererseits wurden öffentliche Investitionen zur Konjunkturstabilisierung und Modernisierung, etwa durch die Digitalisierung von Verwaltung, Schulen, Gesundheitsämtern, begünstigt. Das Konjunktur- und Zukunftspaket vom Frühsommer 2020 sorgte für zusätzliche Investitionsimpulse, etwa für Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung und kommunale Infrastruktur. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine entstanden ab 2022 zusätzliche Investitionsbedarfe, etwa für militärische Ausrüstungen, Energieversorgung, Cybersicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen. Dies markiert eine strukturelle und dauerhafte Veränderung bei den staatlichen Investitionen (Obst/Röhl, 2026). Deutlich sichtbar ist dies beispielsweise beim überaus starken Anstieg der öffentlichen Investitionen im vierten Quartal 2025 (Abbildung 1-1 oben). Hinzu kommen staatliche Investitionen für Klimaschutz und Transformation. Entsprechende Mittel wurden im Rahmen des Klima- und Transformationsfonds (KTF), seit März 2025 zudem durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK), zur Verfügung gestellt. Durch den SVIK werden über eine Laufzeit von zwölf Jahren im Rahmen der Bundessäule 300 Milliarden Euro für direkte zusätzliche Investitionen des Bundes (Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Bildung, Gesundheit sowie Zivil- und Bevölkerungsschutz), im Rahmen der Ländersäule 100 Milliarden Euro für Infrastrukturen der Länder und Kommunen (Schulen, Kitas und Sportstätten) und im Rahmen der Klimaschutzsäule weitere 100 Milliarden Euro für den KTF bereitgestellt. Damit sollen neue Bedarfe, aber auch die über lange Zeit

aufgestaute Modernisierung in den staatlichen Infrastrukturen finanziert werden. Dabei ist freilich entscheidend, ob über die Sondervermögen zusätzliche Investitionen oder lediglich bereits geplante Investitionen finanziert werden (Hentze, 2025). Wie beim öffentlichen Konsum müssen beim Blick auf die letzten Jahre auch die Preisanstiege für Investitionsgüter durch höhere Material- und Energiepreise sowie höhere Arbeits- und Finanzierungskosten berücksichtigt werden. Hinzu kommen bei öffentlichen Investitionen Umsetzungsverzögerungen durch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, fehlende Verwaltungsfachkräfte sowie Lieferengpässe und begrenzte Kapazitäten in der Bauwirtschaft oder Rüstungsindustrie (Hentze et al., 2025). Trotzdem sind die Anstiege in den letzten Jahren im intertemporalen Vergleich als hoch zu bewerten.

Abbildung 3-1: Entwicklung der privatwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen der Nichtstaatlichen Sektoren¹⁾; Index Jahresdurchschnitt 2019 = 100



1) Nichtstaatliche Sektoren: nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften, privaten Haushalte einschließlich „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Die **privatwirtschaftlichen Investitionen** werden nicht nur in Deutschland in den letzten Jahren sowohl durch die aufgezeigten eher konjunkturellen Schocks, als auch durch langfristig wirksame strukturelle Veränderungen geprägt und insgesamt gesehen stark beeinträchtigt. Vorweg ist anzuführen, dass die in Abbildung 1-1 dargestellte privatwirtschaftliche Investitionsschwäche nicht in allen Investitionsbereichen aufgetreten ist (Abbildung 3-1). Vielmehr zeigt sich bei den im Rahmen der VGR abgegrenzten Investitionsarten ein gemischtes Bild: Nach dem pandemiebedingten Einbruch im ersten Quartal 2020 verlaufen die privaten Investitionen in Sonstigen Anlagen (Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken) durchgehend nach oben. Sie übertrafen am aktuellen Rand das Niveau von 2019 um über 20 Prozent. Dies signalisiert einen Strukturwandel hin zu immateriellen und für die Digitalisierung wichtigen Produktionsgütern und kann als ein durchaus positives Signal für den Investitionsstandort Deutschland gewertet werden. Dagegen sind die realen Bauinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren (Wohnungsbau und Gewerbebau) seit dem Jahr 2021 nahezu durchgängig gesunken und sie lagen zuletzt um fast 20 Prozent unter dem Bauniveau von 2019. Die privatwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen, zu denen Maschinen, Geschäftsausstattungen,

Nutzfahrzeuge zählen, haben im gesamten Betrachtungszeitraum das Niveau von 2019 durchgängig nicht wieder erreicht und lagen am aktuellen Rand um 15 Prozent unter dem Vergleichswert.

Zunächst litten die privatwirtschaftlichen Investitionen insgesamt gesehen unter den Geschäftsrückgängen im Gefolge der pandemiebedingten Einschränkungen. Hinzu kamen Beschränkungen durch unterbrochene Lieferketten und der damit eingeschränkten Verfügbarkeit von Investitionsgütern. Aufgrund von unsicheren Finanzierungsbedingungen, insbesondere bei der Eigenfinanzierung, entfielen ebenfalls Investitionen oder wurden zunächst aufgeschoben. Gleichwohl wurde von staatlicher Seite versucht, Liquiditätsprobleme über Unterstützungsleistungen zu vermindern. Die insgesamt mit der Pandemie verbundene Unsicherheit führte zu einer Abwartehaltung (Attentismus). Diese wurde zusätzlich verstärkt durch den im Februar 2022 ausgebrochenen Krieg in der Ukraine. Dieser geopolitische Schock erhöht die Verunsicherung hinsichtlich künftiger Absatz- und Exportchancen, die bereits durch die vorher ausgelösten Handelskonflikte anstieg. Des Weiteren löste der Ukraine-Krieg einen markanten Energiepreisschock aus (Grömling, 2024a). Dieser bremsste nicht nur direkt den Konsum aufgrund der negativen Kaufkraftwirkungen und somit die Investitionen der Konsumgüterbranchen. Zugleich verschlechterten sich die Geschäftsperspektiven und somit die Investitionstätigkeit von energieintensiven Industriefirmen. Diese sind im internationalen Vergleich in Deutschland stärker vertreten (Grömling, 2024b). Zudem stiegen im Gefolge der hohen Inflationsgefahren und der geldpolitischen Reaktionen die Zinsen und Finanzierungskosten der Unternehmen an. Über Zweitrundeneffekte kam es auch zu höheren Arbeitskosten mit entsprechend dämpfenden Effekten auf die Rentabilität von Investitionen. Die geopolitischen Verwerfungen der letzten Jahre – Krieg in der Ukraine, Handelskonflikte – werden aber nicht nur als ein konjunktureller und vorübergehender Schock gesehen. Vielmehr dürfte es sich um eine generelle globale Neuordnung oder Zeitenwende handeln, die das privatwirtschaftliche Investitionskalkül zumindest mittelfristig bestimmt. Dies geht einher mit den Anpassungen und der Transformation der Wirtschaftsprozesse aufgrund des Klimawandels und der entsprechenden Veränderungen von natürlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Der fortschreitende technische Fortschritt (beispielsweise durch Künstliche Intelligenz) und die damit ebenfalls einhergehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verunsicherungen kommen hinzu. Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit, die heimischen Bedingungen für Investitionen am Standort Deutschland (Steuern und Abgaben, Energiekosten, Arbeitskosten, Regulierungen und Bürokratie) zu verbessern (Bardt/Grömling, 2025). Über die möglichen Reformerfolge besteht selbst Unsicherheit mit den entsprechenden Auswirkungen auf privatwirtschaftliche Investitionen. Zumal bei den internationalen Produktionsbedingungen enorme geopolitische Verzerrungen durch Protektionismus, Wechselkursmanipulation sowie Subventionierungen bestehen.

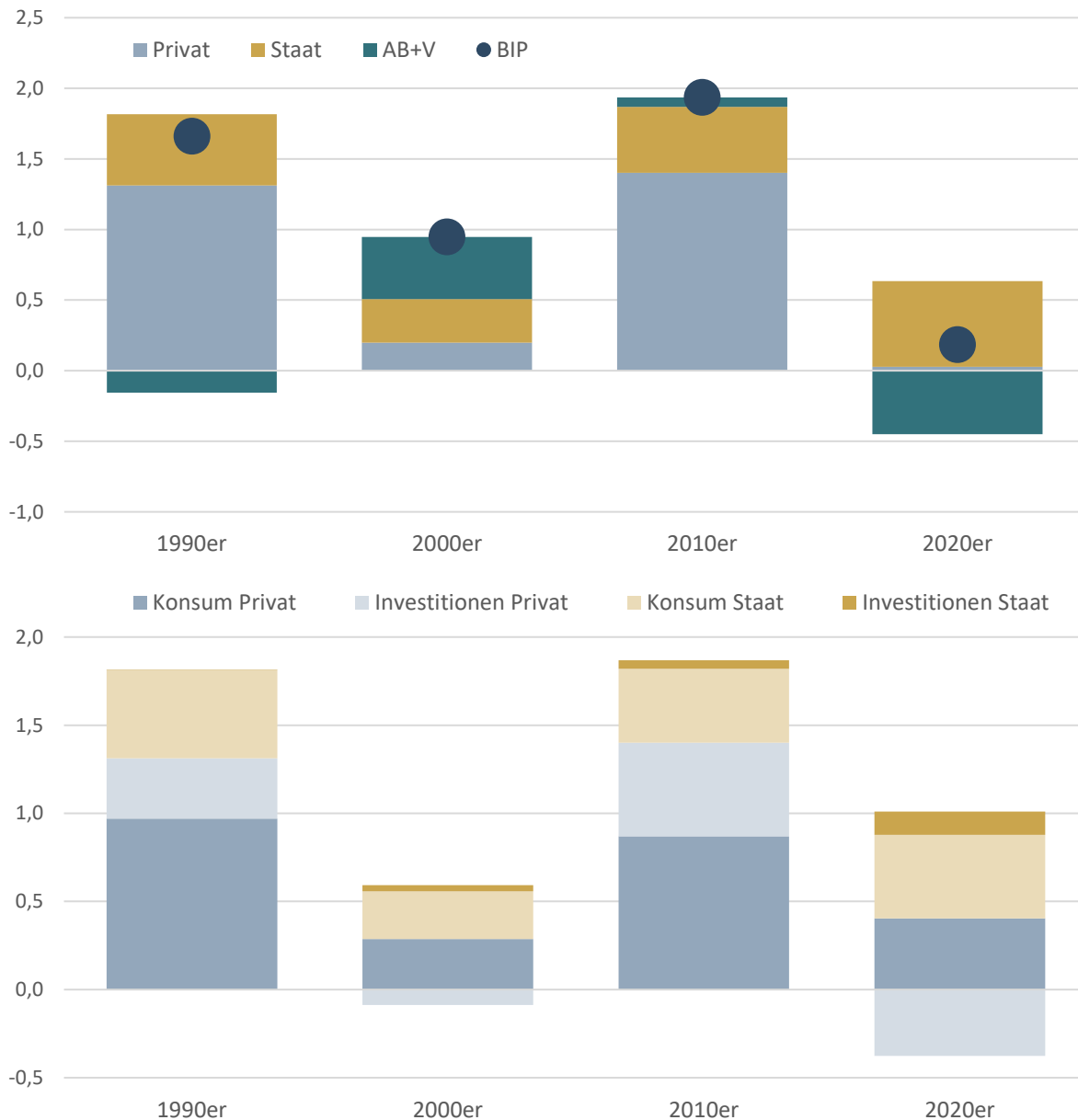
4 Auswirkungen auf die Wachstumsbeiträge

In den beiden Teilen von Abbildung 1-1 wurde die gesplante Entwicklung zwischen dem staatlichen und nichtstaatlichen Sektor der Volkswirtschaft bereits ersichtlich. Erkennbar ist dies zum einen an der stark divergierenden Dynamik beim Konsum und den Investitionen und zum anderen an den Anteilsverschiebungen. Damit hat sich auch das Konjunkturbild in Deutschland verändert. Abbildung 4-1 veranschaulicht dies im intertemporalen Vergleich. Dazu werden die Beiträge des staatlichen sowie des privatwirtschaftlichen Teils der Investitionen und des Konsums (im oberen Teil aggregiert und im unteren Teil separiert) zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts ausgewiesen. Daneben wird im oberen Teil der Abbildung 4-1 auch der Konjunkturimpuls des Außenbeitrags (Exporte abzüglich Importe) und der Vorratsinvestitionen dargestellt. Dieser Teil steht bei der vorliegenden Analyse nicht im Vordergrund, wenngleich der zuletzt deutlich negative

Konjunkturreffekt des Außenbeitrags im Zeitvergleich auffallend ist. Hier zeigen sich insbesondere die Auswirkungen der geopolitischen Veränderungen und Anpassungslasten (siehe Grömling, 2026).

Abbildung 4-1: Treiber der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Jahresdurchschnittliches Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozent und Beiträge der ausgewählten Aggregate¹⁾ in Prozentpunkten



1) Privat: privater Konsum und Investitionen der nichtstaatlichen Sektoren (nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte einschließlich „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“). Staat: Staatskonsum und staatliche Investitionen, AB+V: Außenbeitrag und Vorratsinvestitionen. 2010er Jahre ohne 2020 und 2020er Jahre mit 2020. Die Krise im Jahr 2020 und die darauf folgende Erholung im Jahr 2021 werden (analog zu den Jahren 2009 und 2010) einem Zeitraum zugeordnet. 2020er Jahre: 2020 bis 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Zahlen in Abbildung 4-1 zeigen die jahresdurchschnittlichen Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten für die letzten drei Dekaden in Deutschland sowie für den Durchschnitt der bisher abgelaufenen Dekade. Dabei zählt das Jahr 2020 nicht zu den 2010er Jahren, sondern zu den 2020er Jahren. Die aktuelle Dekade umfasst somit die sechs Jahre 2020 bis 2025. Die Krise im Jahr 2020 und die darauffolgende Erholung im Jahr 2021 sollen somit (analog zu den Jahren 2009 und 2010) einem Zeitraum zugeordnet werden. Die Abbildung 4-1 zeigt zunächst im oberen Teil das im Zeitvergleich sehr niedrige Durchschnittswachstum beim realen Bruttoinlandsprodukt für die laufende Dekade von nur 0,2 Prozent. Das weicht in hohem Ausmaß vom durchschnittlichen Wachstum in den 2010er Jahren (1,9 Prozent) sowie in den 1990er Jahren (1,7 Prozent) ab. Die Strukturkrise sowie die globale Finanzmarktkrise gingen in den 2000er Jahren ebenfalls mit einem deutlich niedrigeren Durchschnittswachstum (siehe zu diesen Krisen Grömling, 2024c) von nur 0,9 Prozent pro Jahr einher. Das war gleichwohl mehr als das Vierfache der derzeitigen schwachen Performance.

Im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre hat der privatwirtschaftliche Sektor in Deutschland aggregiert nichts zum Wachstum des realen BIP beigetragen. Das Wirtschaftswachstum kommt vielmehr ausschließlich aus dem aggregierten staatlichen Beitrag. Der gesamte Staatsimpuls vermochte somit den zuletzt negativen Effekt des Außenbeitrags zu kompensieren. Bereits in den 2000er Jahren war der privatwirtschaftliche Impuls in Deutschland äußerst gering, aber immerhin noch positiv und fast so hoch wie der damals ebenfalls relativ schwache Staatseffekt. In der aggregierten Aufteilung zwischen Staatssektor und Nichtstaatssektor kann also vor allem im Vergleich mit den 1990er und den 2010er Jahren von einer aktuell völlig abweichenden Wachstumsqualität gesprochen werden. Die Staatseffekte waren zwar auch in diesen beiden Zeiträumen in der aktuellen Größenordnung von rund einem halben Prozentpunkt pro Jahr. Insofern sind die Größenordnungen der aktuellen Konjunkturbeiträge der staatlichen Investitionen und des Staatskonsums nichts Neues. Neu ist dagegen, dass über den Durchschnitt der letzten Jahre überhaupt kein Konjunktur- und Wachstumsbeitrag mehr aus dem aggregierten privatwirtschaftlichen Sektor resultiert – und das trotz des hohen Gewichts der beiden nichtstaatlichen Aggregate. Bei diesem Konjunkturreffekt kommt es nicht nur auf die preisbereinigte Veränderung, sondern auch auf das Gewicht der jeweiligen Teilgrößen an. So können selbst relativ geringe Zuwächse beim privaten Konsum relativ hohe Konjunkturreffekte liefern, weil dieses Aggregat einen hohen Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat (Brümmerhoff/Grömling, 2015, S. 89). Der Blick hinter die beiden Aggregate liefert eine tiefergehende Diagnose des sich geänderten Konjunkturbildes (Abbildung 4-1 unten):

- Im Vergleich mit den 1990er und den 2010er Jahren fällt der aktuelle positive Wachstumsbeitrag des **Staatskonsums** von knapp einem halben Prozentpunkt pro Jahr nicht wesentlich höher aus. Das gilt allenfalls im Vergleich mit den 2000er Jahren.
- Mit knapp einem Achtel Prozentpunkt tragen die **staatlichen Investitionen** derzeit deutlich mehr zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts bei als in den vorhergehenden Dekaden. Daraus wird allerdings eher die über die letzten Dekaden bestehende Investitionsschwäche des Staates erkennbar.
- Der Wachstumsbeitrag des **privaten Konsums** ist trotz der aufgezeigten Belastungen in der laufenden Dekade sogar höher als in den 2000er Jahren, gleichwohl nicht einmal halb so groß wie in den 1990er und 2010er Jahren. Im Vergleich mit diesen beiden Dekaden kann also durchaus von einer privaten Konsumschwäche gesprochen werden.
- Einen in negativer Hinsicht auffallenden Befund liefert die **privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit** in Deutschland. Zwar gab es auch in den 2000er Jahren einen im Jahresdurchschnitt negativen Beitrag. Dieser Bremseffekt ist in der laufenden Dekade jedoch mehr als viermal so hoch.

Für die aktuelle Wachstumsschwäche in Deutschland liegen demnach in erster Linie die Ursachen im Privatsektor – und dabei explizit bei den Investitionen und den dort zugrunde liegenden Rahmenbedingungen (Bardt/Grömling, 2025). Abbildung 3-1 hat dazu bereits den Niedergang der Bauinvestitionen und der Ausrüstungsinvestitionen im nichtstaatlichen Sektor veranschaulicht.

5 Schlussbemerkungen

Die Analyse der Wachstumsbeiträge der privatwirtschaftlichen und staatlichen Aggregate der makroökonomischen Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland für die letzten Jahre hat gezeigt, dass von den Investitionen des Nichtstaatlichen Sektors keine positiven Impulse mehr ausgehen. Die im Zeitvergleich schwächeren, gleichwohl positiven Wachstumsbeiträge des privaten Konsums kompensieren den negativen Investitionseffekt. Der Befund einer privatwirtschaftlichen Investitionskrise in Deutschland ist nicht neu und entsprechende standortpolitische Maßnahmen werden seit geraumer Zeit eingefordert, um die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit zu verbessern (Bardt/Grömling, 2025). Diese Investitionsschwäche stellt nicht nur unter konjunkturellen Gesichtspunkten ein Problem dar. Darüber hinaus wird aufgrund der ausbleibenden Investitionen der Kapitalstock und damit das künftige Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft nicht ausreichend modernisiert und entwickelt. Das schwächt die ökonomischen Produktionsmöglichkeiten und den daraus resultierenden Wohlstand über Jahre hinaus.

Der Sachverhalt, dass die Konjunktur in Deutschland – und damit ist mehr oder weniger die Stagnation der wirtschaftlichen Leistung gemeint – in einer sektoralen Betrachtung ausschließlich aus staatlichen Impulsen resultiert, ist für ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem auf Dauer nicht normal. Zumal die damit verbundene Finanzierungserfordernis des Staates und der in Deutschland faktische Anstieg der öffentlichen Verschuldung zu berücksichtigen sind. Freilich müssen für die Entwicklung in den letzten Jahren die oben aufgeführten Sondereffekte durch die Pandemie und die geopolitische Zeitenwende ebenfalls berücksichtigt werden, die für sich genommen zu höheren staatlichen Investitions- und Konsumausgaben geführt haben. Zudem können Teile des Staatskonsums, wie etwa soziale Sachtransfers, dem sogenannten Individualkonsum (siehe hierzu Brümmerhoff/Grömling, 2015, S. 84) zugerechnet werden. Das sind zum Beispiel soziale Sachtransfers, die von privaten Haushalten verbraucht werden, ohne dass bei ihnen dafür direkte Ausgaben anfallen. Der verbleibende und sogenannte Kollektivkonsum (wie zum Beispiel Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben) ist dagegen nur kollektiv nutzbar – und bestimmt damit auch den kollektiven Wohlstand. Zudem können staatliche Konsumausgaben das Produktionspotenzial der Volkswirtschaft dauerhaft begünstigen, wenn diese etwa über höhere Bildungsausgaben das Humankapital fördern. Entsprechendes kann auch aus höheren Verwaltungsausgaben resultieren, wenn diese eine höhere Verwaltungseffizienz mit sich bringen, die letztlich einem technisch-organisatorischem Fortschritt entspricht mit positiven Folgen für die totale Faktorproduktivität der gesamten Volkswirtschaft.

Auch von den staatlichen Investitionen für Infrastruktur und Transformation werden entsprechende Effekte auf das Produktionspotenzial erwartet. Dazu müssen die Investitionen jedoch zusätzlich sein und einen zusätzlichen Effekt auf den staatlichen Kapitalstock haben. Hohe Kapitalabgänge durch Veralterung und Funktionsverlust und die in Abbildung 4-1 auch dokumentierte Investitionsschwäche des Staates in den letzten Dekaden erfordern hohe Ersatzinvestitionen (Brümmerhoff/Grömling, 2015, S. 185). Diese bewirken für sich genommen eine Modernisierung des Kapitalstocks und über entsprechende Effizienzverbesserungen auch eine höhere Faktorproduktivität. In Anbetracht des rückläufigen Arbeitseinsatzes infolge der demografischen

Veränderungen sind jedoch zusätzliche Kapitalstockeffekte erforderlich, um das Produktionspotenzial und den Wohlstand der Bevölkerung weiterzuentwickeln. Jedenfalls dürfte dies nicht alleine aus dem gegenwärtigen Zustand, bei dem in aggregierter Weise ökonomische Impulse ausschließlich aus dem Staatssektor kommen, zu bewerkstelligen sein. Auf die damit verbundenen fiskalischen Implikationen – höhere Schulden oder höhere Steuern und Sozialabgaben – wurde bereits hingewiesen. Vielmehr sind Konjunktur- und Wachstumsimpulse aus der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit dringend notwendig. Diese Notwendigkeit gilt entsprechend für eine Reform der zugrunde liegenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Entwicklung von Konsum und Investitionen in Deutschland.....	5
Abbildung 3-1: Entwicklung der privatwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland	8
Abbildung 4-1: Treiber der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	10

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2025, Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, in: IW-Trends, 52. Jg., Nr. 4, S. 71–88

Bauer, Anja / Bürkl, Rolf / Gangl, Katharina, 2026, Sparen in Zeiten der Krise: Umfrageergebnisse aus Deutschland und den Vereinigten Staaten, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 27. Jg., Nr. 3, S. 246–271

Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael, 2015, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Berlin/Boston

Grömling, Michael, 2024a, Konjunktur- und Struktureffekte von Energiekrisen, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 1, S. 27–36

Grömling, Michael, 2024b, Herausforderungen der Industrie am Standort Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jg., Nr. 4-5, S. 25–34

Grömling, Michael, 2024c, Intensitäten von Konjunkturkrisen im Vergleich, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 4, S. 3–28

Grömling, Michael, 2026, Deindustrialisierung durch fortschreitende Handelsabkopplung, IW-Kurzbericht, Nr. 27, Köln

Hentze, Tobias, 2025, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen, IW-Kurzbericht, Nr. 92, Köln

Hentze, Tobias et al., 2025, Ökonomische Restriktionen für die Umsetzung des Finanzpakets, IW-Policy Paper, Nr. 6, Köln

IMF – International Monetary Fund, 2026, World Economic Outlook Update, January 2026: Global Economy: Steady amid Divergent Forces, Washington D.C.

Obst, Thomas / Röhl, Klaus-Heiner, 2026, Volkswirtschaftliche und industrielle Effekte der steigenden Verteidigungsausgaben in Deutschland, in: IW-Trends, 53. Jg., Nr. 3, S. 3–51